

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

Jahrgang 224

Nr. 173 a

Bezugspreis:

monatlich 2 G.M., bei halbjähriger Zahlung 10 G.M., einschließlich Zustellungsgebühr...

Halle-Saale

Dienstag, 26. Juli 1927

Anzeigenpreis:

Die 6 Spaltenzeile 24 mm breite Mittelzeile 10 Pfennig, Kleinanzeigen 8 Pfennig...

Geldanstalt Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62. — Fernruf Zentralf 27 801, abends von 6 Uhr an Redaktion 25 609 u. 25610. — Postfachkonto Leipzig 20 512.

Geldanstalt Berlin: Bernburger Str. 80. Fernruf Amt Kurfrüh 21. 6900 Eigene Berliner Schriftleitung. Verlag v. Druck von Otto Ullrich, Halle-Saale

Die Reichsbannerkrise

Hörings „freiwilliger“ Rücktritt (Telegraphische Meldung)

„Weber können wir nicht sagen, daß mit dem Bericht des Herrn Hörings auf den Oberpräsidentenposten diejenige Entscheidung erfolgt ist, durch die sowohl der Versuch des Zentrums als auch der amtlichen Behörden des Reichs, und Staatsregierung die Spitze abgebrochen werden...“

Deutschnationalen benutzen lassen, aber er werde keine Klüft zwischen Reichsbanner und Zentrumserbeitern aufreißern. Er laufe vielmehr Gefahr, wie im Falle Wirth eine Trennungslinie mitten durchs Zentrum zu ziehen.

„Nun erst recht Kampf der Realisten“ für die „Vormärz“ bei Betrachtung der Magdeburger Kundgebung. Hörings Führung soll dem Reichsbanner in seiner Gesamtheit der Gruppel sozialdemokratischer Parteien entsprechen. Dem Generalrat Seite soll ein neuer Generalführer treten, der dafür sorgt, daß es der planmäßigen Arbeit der republikanischen Selbstorganisation nicht an einem laienfremden Nachwuchs fehle.

Nun unserer Standpunkt aus kann es im übrigen nur begrüßt werden, wenn die ungeliebte parteipolitische Neutralität des Reichsbanners noch mehr als bisher auf hohen Werte herabgesetzt, wenn eine reinliche Scheidung zwischen den im nationalen Sinne politisch wirksamen und den eine ständig negative Opposition betreibenden Organisationen getroffen wird.

Veröhnlichkeit?!

Was für einjährige, offenbar nicht ganz unwillkürliche Pause, nimmt Boinecard bei ihm liegengewordene Gefoppligkeit, als altlicher Minister Frankreichs Sonnigabrede zu halten, wieder auf. Nach Zumbühl folgte Baelen, nach Baelen Dröbes. Herr Boinecard hat in diesen Reden seine Auffassung von dem deutsch-französischen Verhältnis mehrfach außerordentlich geschickt variiert, der Grundton nämlich blieb stets der gleiche.

Die neue Rede, die Boinecard am vergangenen Sonntag in Orléans gegen Deutschland losgesprochen hat, gibt der „Täglichen Rundschau“ Veranlassung zu einer interessanten Betrachtung über die tatsächlichen Unterlagen, die für Boinecards Anschuldigungen über angebliche Grausamkeiten und Brandstiftungen, welche deutscherseits während des Krieges in Orléans ausgeführt sein sollen, bestehen.

Das Urteil im Stuttgarter Kommunistenprozess

Im Stuttgarter Kommunistenprozess wurde nach Verurteilung der Hühners und der Wöhrmann zwei von der Verteilung gestellten Beweisanträge folgendes Urteil gefällt: Das Verfahren gegen fünf Angeklagte wird eingestellt. Verurteilt werden die Angeklagten Paul Harbort zu acht Jahren Zuchthaus und 800 Mark Geldstrafe, Wauna zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und 250 Mark Geldstrafe, Stegmayer zu sechs Jahren sechs Monaten Zuchthaus und 650 Mark Geldstrafe, Groß zu sechs Jahren Zuchthaus und 600 Mark Geldstrafe, Stank zu drei Jahren Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe, Wäcker zu dreizehn Jahren Zuchthaus und 1000 Mark Geldstrafe, Daniel zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe. Die Untersuchungshaft wird bei allen Angeklagten angerechnet. Bei sämtlichen Verurteilten wird außerdem die Haft in Anrechnung auf die Untersuchungshaft erfüllt. In der Urteilsbegründung sagt Staatspräsident Wehner, daß nicht die Angeklagten die Verantwortlichkeit für Unfälle Straßens treffen, sondern daß diejenigen die Hauptlast treffen, die sich in Unruhe in Sicherheit gebracht hätten.

Dr. Curtius vor den Handwerkern

Auf dem Nordwestdeutschen Handwerkerkongress in Bieleburg hielt Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius eine Rede über die Stellung des deutschen Handwerks in der Welt. Er beschloß die Kapitalabfertigung. Da die Unterlagen und Sicherheiten in kleineren und mittleren Betrieben nicht genügend beschaffen seien, so seien auch die langfristigen Kredite für sie wesentlich schwerer zu beschaffen. Mit neuen finanziellen Konditionen seien nach der Auffassung des Ministers und der Spitzen des Handwerks dem Handwert feineswegs gedient. Es gelte vielmehr, dafür zu sorgen, daß die langfristige Kreditwirtschaft gerade durch die beruflichen Kreditorganisationen dem Handwert erschlossen würde. Deshalb sei die Reichsregierung mit den Ländern in Fühlung getreten, um zu bewirken, daß die Sparkassen im vermehrten Umfange zu der Anlage ihrer Spargelder in kleinere Sparkassenkredite überzogen. Zum Schluß ging Dr. Curtius auf die Frage des Wandwessels im Handwerke ein, der in einzelnen Sonderausstellungen außerordentlich geringe sei. Hier sollte mehr Aufmerksamkeit durch eine Neuregelung des Lehrens in Berufsausbildungsstellen Wandlung schaffen, das feineswegs eine künstliche Regelung für alle Berufszweige beabsichtigt. Er hoffe, so folge der Minister, durch diese Forderung der Lage des deutschen Handwerks einen Beweis des aufrichtigen Interesses gegeben zu haben, das die Reichsregierung an der Erhaltung und Entfaltung dieses wirtschaftlich, kulturell und sozial wichtigen Standes nehme.

Verwehre die Hindenburgpende nicht! Annahmestellen bei sämtlichen Postämtern, Eisenbahnhöfen, Banken, Sparkassen usw.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen

Die Wogenblätter bringen folgende durch „Dobas“ verbreitete Mitteilung des französischen Handelsministeriums über die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen: In der abgelaufenen Woche ist in der Haltung der beiden Delegationen, die die Prüfung der letzten deutschen Vorschläge fortgesetzt haben, keine Veränderung eingetreten. Die deutschen Vertreter hielten an gewissen Forderungen fest, die die französischen Unterhändler als mit den Interessen der Industrie und des Handels des Landes unvereinbar betrachteten. Man ist jedoch der Ansicht, daß unter allen Umständen in dieser Woche eine Entscheidung eintreten müsse, und man neigt der Auffassung zu, daß die Unterhandlungen zur Unterzeichnung des in Vorbereitung befindlichen Abkommens führen dürften.











